

Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming



Ausschuss für Regionalentwicklung und Bauplanung

Niederschrift

über die 31. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung und Bauplanung am 02.05.2017 im Kreisausschusssaal, Am Nuthefließ 2 in 14943 Luckenwalde.

Anwesend waren:

Ausschussvorsitzender

Herr Winand Jansen

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Detlev von der Heide
Herr Olaf Manthey
Herr Jörg Niendorf
Frau Dr. Irene Pacholik
Herr Michael Wolny

Sachkundige Einwohner

Herr Peter Wetzel
Herr Klaus Wigandt

Entschuldigt fehlten:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr René Haase
Herr Detlef Klucke
Herr Hartmut Rex

Sachkundige Einwohner

Herr Christian Heller

Verwaltung

Herr Detlef Gärtner, Beigeordneter und Leiter des Dezernates IV
Herr Dr. Manfred Fechner, Umweltamt, Amtsleiter
Herr Norbert Jurtzik, Untere Bauaufsicht- und Denkmalschutzbehörde, Amtsleiter
Frau Ilka Leistner, Hauptamt, Amtsleiterin
Herr Bleschke, Umweltamt, Klimaschutzkoordinator
Frau Julia Galuba, Straßenverkehrsamt, Schriftführerin

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 18:10 Uhr

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung und Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Einwendungen gegen die Niederschriften der Sitzung vom 07.03.2017 und 04.04.2017
- 3 Einwohnerfragestunde
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 5 Anfragen der Ausschussmitglieder
- 6 Beschlussvorlagen
- 6.1 Petition der Bürgerinitiative Mahlower Schriftstellerviertel (BIMS) e. V. 5-3123/17-KT/2 zur Messung von Ultra-Feinstaubpartikeln (UFP) rund um den Flughafen BER
- 7 Sachstand Photovoltaikanlagen auf kreiseigenen Dachflächen; Bericht der Verwaltung
- 8 Verschiedenes

Öffentlicher Teil

TOP 1

Eröffnung der Sitzung und Bestätigung der Tagesordnung

Herr Jansen begrüßt die Anwesenden zur 31. Sitzung des AfRB und stellt die frist- und formgerechte Einladung zur Sitzung fest.

TOP 2

Einwendungen gegen die Niederschriften der Sitzung vom 07.03.2017 und 04.04.2017

Die Niederschrift des AfRB vom 4.4. liegt noch nicht vor. Zu dieser Niederschrift vom 07.03.2017 gibt es keine Hinweise und Ergänzungen. Sie ist somit angenommen.

TOP 3

Einwohnerfragestunde

Es werden keine Anfragen gestellt.

TOP 4

Mitteilungen der Verwaltung

Herr Gärtner weist auf die Problematik der Protokollierung im Ausschuss hin und hofft, dass dafür bald eine Lösung gefunden wird.

Der Landesbetrieb Straßenwesen hat einen Entwurf für die Radwegebedarfsliste an Landesstraßen ausgearbeitet (sh. ausgegebene Unterlagen) und teilt darin realistisch finanzierbare Neubedarfe innerhalb der nächsten 15 Jahre im Landkreis mit. Folgende indisponible Maßnahmen gibt es:

- Radweg zwischen Sperenberg und Kummersdorf-Gut, dieser befindet sich in einem schwierigen Zustand und wird gerade saniert.
- Radweg zw. Ludwigsfelde und Neubeeren

Ab 2021-2025 wurden zwei Maßnahmen festgelegt, die erst 2026-2030 angegangen werden:

- Radweg entlang der L40 Brusendorf-Dahlewitz
- Radweg Trebbin-Lüdersdorf
-

An der L80 Kemnitz-B2 sieht das Land keinen Handlungsbedarf für einen Radwegebau.

Das Thema wird in der nächsten Sitzung auf der Tagesordnung Platz finden.

Die Frist zum 30.05. im Schreiben ist nicht zu halten, daher wird **Herr Gärtner** eine Fristverlängerung bis Ende Juni beantragen. Des Weiteren soll das Thema auch im Wirtschaftsausschuss angesprochen werden. Auch der Kreistag soll sich allgemein dazu äußern. Die Landtagsabgeordneten sollen dazu aufgefordert werden, dafür Sorge zu tragen, dass mehr Geld für den Radwegebau im Haushalt eingeplant wird.

Herr Gärtner hat die Liste bereits in der letzten Sitzung mit der Landrätin und den Bürgermeistern vorgestellt und verteilt.

2. Mitteilung:

Herr Dr. Fechner erinnert an die Mitteilung der Landrätin im letzten Kreistag, wonach die Antwort vom MIK zum Landschaftsschutzgebiet Baruther Tal-Luckenwalder Heide vorliegt. Eine erneute Beschlussfassung wäre allerdings erforderlich gewesen. Somit konnte keine Streitentscheidung vom MIK getroffen werden. Das Beanstandungsverfahren gilt damit als beendet. Die Vorlage zum Landschaftsschutzgebiet wird nun erneut zur Beschlussfassung zur Sitzung im Juni in den Kreistag eingebracht. Dafür wurde eine komplett neue Vorlage erarbeitet. Die in den Ausschüssen stattgefundene Diskussion ist in der Anlage 3 (sh. ausgegebene Unterlagen) dargestellt. Es wurden Zwischenüberschriften eingefügt und am Ende ist der aktuelle Stand ergänzt worden.

In der Kreistagssitzung im Juni soll die Verordnung zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Dazu findet im Vorfeld eine Erörterung im Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt am 11.05. und im Ausschuss für Regionalentwicklung und Bauplanung am 06.06. statt. **Herr Dr. Fechner** weist darauf hin, dass sich die letzten beiden Absätze in der Sachverhaltsdarstellung auf das Auslaufen der Veränderungssperre beziehen.

Herr Jansen betont, dass nicht eindeutig klar ist, über welche Vorlage abgestimmt und welche beanstandet wurde. Dieser Beschlussvorschlag sei auch unkorrekt und werde erneut zu Diskussionen führen.

Herr Dr. Fechner will noch einmal prüfen welche Angaben genau auf dem Deckblatt enthalten sind. Der Stand der beanstandeten Sache in der Vorlage ist der von Dezember. Auch die Themen Radwege und Jagdkanzeln, die in beiden Ausschüssen beschlossen wurden, sind wieder in der Vorlage enthalten.

TOP 5

Anfragen der Ausschusssmitglieder

Frau Dr. Pacholik erkundigt sich nach dem Sachstand der Anfrage vom Herbst 2016 von Herrn Steinhausen zur Tankstelle in Heinersdorf. Dort lag keine Baugenehmigung vor und es wurden Auflagen erteilt. Herr Jurtzik berichtet, dass die Bewertung des Standortes ein wasserrechtlicher Tatbestand ist. Von Seiten der Bauaufsicht besteht kein Handlungsbedarf mehr.

Herr Dr. Fechner fügt hinzu, dass eine Genehmigung nach der Verordnung mit wassergefährdenden Stoffen vorliegt und dazu wurde eine Beauftragung durch die untere Wasserbehörde erteilt. Die Auflagen waren bis Ende April abzuarbeiten. Er geht davon aus, dass die Auflagen für die Betriebstankstelle erfüllt werden. Der aktuelle Stand wird für das Protokoll nachgereicht.

Frau Pacholik merkt an, dass für den Bau der Tankstelle damals keine Genehmigung vorlag.

Herr Jansen fragt an, mit welchen Mitteln der Fond für die Genehmigung von Windkraftanlagen ausgestattet ist, bzw. wieviel aus den Kommunen oder dem Landkreis zugeordnet werden können.

Herr Dr. Fechner antwortet, dass nach umfangreichen Recherchen und Auskünften vom Land einige Materialien zusammengestellt und demnächst vorgelegt werden.

Herr Wolny merkt an, dass das Informationspapier zur Verkehrsberuhigung vor Schulen, das in der letzten Sitzung von Herrn Gärtner verteilt wurde, noch nicht in Form einer Informationsvorlage hinterlegt wurde. Die ausstehende Prüfung der Schulstandorte soll sich nicht hinauszögern. Er fordert, dass die Informationsvorlage noch vor den Ferien erstellt und behandelt werden soll.

Herr Gärtner antwortet, dass eine Zuarbeit von den Gemeinden zugesichert wurde und stimmt der Erstellung einer Informationsvorlage zu. Tatsächlich soll die Bearbeitung auch noch vor den Ferien erfolgen. Er fasst zusammen, dass nach einer der letzten Sitzungen vom Vorsitzenden die Geschwindigkeitsbegrenzung vor Schulen angesprochen wurde. Daraufhin gab Herr Grosenick im folgenden Ausschuss über die Sachlage Auskunft und nutzte die Gelegenheit, um in der Vorlage zu den aktuellen gesetzlichen Änderungen zu informieren, nach denen das Straßenverkehrsamt angeben muss, warum an bestimmten Stellen keine Tempo-30-Zone eingerichtet werden kann. Nach der letzten Beratung mit den Bürgermeisterinnen waren sich auch alle einig, dass Einrichtungen, an denen sich eine entsprechende Beschilderung noch nicht befindet, diese bekommen werden.

Herr Wolny spricht Abstimmungsprobleme mit den Gemeinden an. In der Radwegeplanung sei die Schulwegsicherung ein wichtiger Aspekt. Die Kreisverwaltung solle ein Verkehrskonzept bei den Gemeinden anfordern, wenn noch keins vorliegt. **Herr Jansen** bezweifelt, dass jede Gemeinde ein eigenes Verkehrskonzept erarbeitet hat.

Herr Gärtner differenziert beide angesprochene Themen: Einerseits die Planung des Landes von Radwegen an Landesstraßen (sh. verteilte Unterlagen), wo die Schulwegsicherheit ein wichtiges Kriterium sei und andererseits die Änderung der StVO, die es jetzt ermöglicht, Tempo-30-Zonen an öffentlichen Einrichtungen wie Schulen, Krankenhäusern, etc. anzuordnen.

TOP 6 **Beschlussvorlagen**

TOP 6.1

Petition der Bürgerinitiative Mahlower Schriftstellerviertel (BIMS) e. V. zur Messung von Ultra-Feinstaubpartikeln (UFP) rund um den Flughafen BER (5-3123/17-KT/2)

Herr Gärtner erläutert, dass das Landesumweltamt im Umfeld des BER Messstationen betreibt. Er hat das Landesumweltamt schriftlich kontaktiert mit der Bitte, einen Vertreter zum Ausschuss zu entsenden um über die Feinstaubmessstationen Aufschluss zu geben. Allerdings gab es die Antwort, dass niemand an der Sitzung teilnehmen könne.

Er sprach daraufhin mit Herrn Dr. Johannsen von der Flughafengesellschaft, der aktuell Ultrafeinstaubmessungen durchführt. Er wäre nicht abgeneigt, im Ausschuss zum Thema zu informieren. Allerdings wird nach Rücksprache vorerst das Dialogforum die Informationen zur Messung erhalten. Es ist angedacht, dass Herr Dr. Johannsen zur nächsten Sitzung erscheinen wird. Dennoch wird sich Herr Gärtner erneut an den Präsidenten des Landesamtes für Umwelt wenden aufgrund der fehlenden Begründung für die Absage. Auch der Kreistagsvorsitzende will nochmal an das Bundesumweltamt herantreten. Die nächste Kreistagssitzung, in der die Petition verhandelt werden könnte, findet Ende Juni statt. Daher schlägt er vor, die Petition in der nächsten Sitzung des Ausschusses erneut zum Thema zu machen.

Herr Jansen entscheidet, dass, wenn bis zur nächsten Sitzung keine neuen Informationen vorliegen, durch den Ausschuss vorab ein Beschlussvorschlag vorgebracht werden soll mit dem das Land aufgefordert werden soll, Ultrafeinstaubmessungen durchzuführen, unabhängig der Meinung eines Sachverständigen.

Herr Niendorf erläutert, dass das Umweltbundesamt eine Karte veröffentlicht hat, die einen Aufschluss über die Feinstaubbelastung in deutschen Städten gibt. Diese wird durch ständige Messungen laufend aktualisiert. Als Beispiel führt er an, dass 1985 in Jüterbog die Feinstaubbelastung bei $140 \mu\text{g}/\text{m}^3$ lag. Im Vergleich dazu nennt er den Wert aus dem Jahr 2008, dort betrug die Belastung $21\text{-}40 \mu\text{g}/\text{m}^3$. Angestrebt sind $25 \mu\text{g}/\text{m}^3$. Eine besonders hohe Belastung gab es am Neujahrstag 2016 in Berlin, dort hatte eine Messung ein Ergebnis von $256 \mu\text{g}/\text{m}^3$ gebracht. In keiner einzigen Stadt wurde dieser Wert erreicht. Laut dieser Karte ist der Bereich Brandenburg blau hinterlegt, was bedeutet, dass es dort keine erhöhte Feinstaubbelastung gibt.

Herr Jansen korrigiert, dass man Feinstaub nicht mit Ultrafeinstaub verwechseln solle. Er betont nochmals, dass eine Erläuterung zu beiden Begriffen von einem Fachmann wünschenswert wäre.

Herr Gärtner ergänzt, dass das Landesumweltamt in Blankenfelde-Mahlow Messungen zu Feinstaub durchführt. In der Petition sei aber die Rede von Ultrafeinstaub, der wissenschaftlich noch in der Erforschung ist. Durch die Flughafengesellschaft wird zukünftig

eine Ultrafeinstaubmessung durchgeführt. Er stimmt der Aufforderung von Herrn Jansen zur Erläuterung durch das Landesumweltamt zu.

Herr Wolny gibt zu bedenken, dass die Feinstaub- und Ultrafeinstaubbelastung mit Eröffnung des neuen Flughafens auch steigen wird.

Herr Jansen fasst zusammen, dass der Punkt soll auf die nächste Tagesordnung im Kreistag mit dem konkreten Beschlussvorschlag, Messungen durchführen zu lassen, gesetzt werden soll. Das zuständige Ministerium soll dazu aufgefordert werden.

Herr Manthey antwortet auf die Frage nach der Nullmessung von Herrn Jansen, dass dies ein Zyklus sei, in dem Messdaten aufgenommen werden, die durch Experten ausgewertet werden. Dies ergibt eine Datengrundlage vor dem Start des Großflughafens BER. Diese Messung könne mit einem mobilen Messgerät erfolgen (ggf. durch Universität, etc.)

Herr Gärtner wird zur nächsten Beratung einen Vertreter des Landesumweltamtes einladen. Er fragt an, ob auch Herr Johannsen von der Flughafengesellschaft erscheinen soll. **Herr Jansen** antwortet, dass jeder Fachmann, der die Thematik erläutern kann, willkommen sei.

TOP 7

Sachstand Photovoltaikanlagen auf kreiseigenen Dachflächen; Bericht der Verwaltung

Herr Bleschke berichtet: „Grundlage für das Projekt Photovoltaik auf kreiseigenen Flächen bildet die Beschlussfassung des Kreistages aus dem Jahr 2014. Hier wurde prinzipiell der Bereitstellung geeigneter Dachflächen für den Betrieb von PV-Dachanlagen unter der Maßgabe der Wirtschaftlichkeit zugestimmt. Im Ergebnis des hieraufhin erfolgten Verfahrens zur Angebotseinholung fasste der Kreisausschuss Beschlüsse zu Vergabeempfehlungen. Die Verwaltung wurde beauftragt, Vertragsverhandlungen mit den Bietern auf Grundlage der jeweils aktuellen Angebote und des o. g. Kreistagsbeschlusses aufzunehmen. Zur Überraschung des Landkreises gestalten sich Vertragsverhandlungen überaus langwierig. Die Schwierigkeiten sind u. a. darin begründet, dass das Erneuerbare-Energien-Gesetz „EEG“ im März 2014 (unmittelbar vor der Beschlussfassung) und forthin auch im Jahr 2016 geändert wurde. Infolgedessen gibt es zahlreiche zusätzliche neue Rechtsprechungen, sowie Erlasse des Finanzministeriums. Diese sind bei der Vertragserstellung und der Verhandlung jeweils zu berücksichtigen. Insofern bedeutet das Verfahren für den Landkreis und für unsere Verhandlungspartner, sich kontinuierlich änderndes Neuland. Das bloße Dachpachtmodell stellt ein vergleichsweise einfaches Unterfangen dar. Beim Eigenstrommodell, wo der Landkreis Betreiber der Anlage wird, gestaltet sich die Thematik bedeutend vielschichtiger. Die während des Verfahrens erfolgten internen Verwaltungsumstrukturierungen, sowie Wechsel von Mitarbeitern haben die zeitliche Dauer der Abstimmung nicht verkürzt. Hier sei u. a. an die Zusammenlegung von Teilen des Bauamtes mit dem Hauptamt und der Gründung des Rechtsamtes erinnert. Unterschiedliche Betreibermodelle und mannigfaltige Vertragsentwürfe, je nach Bieter und Betreibermodell bis zu 4 Stück pro Liegenschaft müssen selbstverständlich mit den betroffenen Bereichen hausintern einvernehmlich abgestimmt und mit den Bietern wieder ausgehandelt werden. Aktuell ist für folgende Bereiche eine interne Zuständigkeit im Dachanlagenprojekt gegeben: A10.1 Zentrale Dienste, A10.3 Gebäude und Liegenschaften, A30 Rechtsamt, A40 Schulverwaltung und Kultur, A32 Rettungsdienst Eigenbetrieb und die Rettungsdienst GmbH. Einige Belange waren zu Beginn des Verfahrens für Beteiligten weder bekannt noch erkennbar. Insofern befindet sich der Landkreis aktuell in der Prüfung der vor kurzem eingegangenen Endfassung der Vertragswerke aller Bieter. Dieses erfolgt unter Berücksichtigung des angesprochenen Erkenntniszuwachses in den vergangenen Monaten

und auf der Grundlage der zu Beginn genannten Kreistags- und Kreisausschlussbeschlüsse.“

Herr Niendorf ist der Meinung, dass der Erstbeschluss im Jahre 2008 gefasst wurde. **Herr Bleschke** antwortet dass es in diesem Jahr einen Beschluss gab, nach dem der Landkreis Teltow-Fläming Solarenergiekreis werden solle. Im Jahr 2010 wurde versucht, Dachflächen zu verpachten.

Herr Niendorf vertritt die Meinung, dass eine Installation von entsprechenden Anlagen nicht so viel Zeit für Planung etc. in Anspruch nehmen könne und leichter realisierbar sei.

Herr Fechner erwidert daraufhin, dass in den letzten Jahren viel daran gearbeitet wurde. Man konnte die Probleme nicht vorhersehen. Aktuell laufen Vertragsverhandlungen.

Herr von der Heide erläutert, dass die Stadt Luckenwalde im vergangenen Jahr eine Anlage auf den Dächern der Fläming Therme errichten lassen hat und damit 7000 Euro einspart. Sie soll noch erweitert werden und dann 12.000 € einsparen.

TOP 8 **Verschiedenes**

Herr Manthey fragt, ob in der Beschlussvorlage von der heutigen Sitzung (Nr.5-3123/17-KT/1) unter Punkt 3 (Stellungnahme der Landrätin), diese die Stellungnahme aufgrund der Empfehlung des Ausschusses geschrieben hätte.

Herr Jansen antwortet, dass im Punkt 3 die Stellungnahme der Landrätin der Sachverhaltsdarstellung gleich kommt.

Herr Gärtner ergänzt, dass die Stellungnahme gar nicht durch die Verwaltung abgegeben werden kann, da dabei der Sachverstand fehlt.

Herr Jansen fragt nach den Kosten des Ausbaus vom Ackerbürgerhaus. **Frau Leistner** antwortet, dass die vorher geschätzte Summe 200.000 € betrug, der Innenausbau kostete am Ende 230.000 €.

Herr Wolny merkt abschließend zum Papier „Hinweise zur Arbeit in den Ausschüssen“, das von Herrn Kalinka verteilt wurde, an, dass Frau Wehlan zu Themen oder Petitionen, die es erfordern auch eingeladen werden solle.

Zum Ende der Sitzung bedankt sich Herr Jansen bei allen Anwesenden für die Teilnahme. Er schließt die Sitzung um 18:10 Uhr.

Luckenwalde, d. 23.06.2017

Jansen
Vorsitzender

Galuba
Schriftführerin